

## Der Beitrag der ökumenischen Bewegung zum Umbruch 1989<sup>1</sup>

Verehrte Festversammlung,

Lassen Sie mich beginnen mit einem Wort des aufrichtigen Dankes für die Auszeichnung, die Sie mir heute durch die Verleihung der Würde eines theologischen Ehrendoktors zuteil werden lassen. Ich sehe darin eine Anerkennung der Bemühungen um die Förderung der ökumenischen Bewegung, die in den letzten 40 Jahren im Zentrum meiner kirchlichen und theologischen Arbeit standen. Mein besonderer Dank gilt den Überbringern der Grußworte des Präsidiums und des Fachbereichs, den Professoren Stiehl und Gutmann, und natürlich dem langjährigen ökumenischen Weggefährten, Dr. Heino Falcke, für seine so verständnisvolle Laudatio.

Diese Ehrung hier in Hamburg zu empfangen erfüllt mich aus einem mehrfachen Grund mit besonderer Freude. Sie steht für mich in Kontinuität zur Verleihung der gleichen Würde 1971 an meinen Vorgänger im Amt des Generalsekretärs des Ökumenischen Rates, Dr. Philip Potter, mit dem ich weiterhin freundschaftlich verbunden bin. Durch den damaligen Ordinarius für Missions-, Ökumene- und Religionswissenschaften, Hans Jochen Margull und seine Vorgänger wie Nachfolger, wie auch durch die mit der Universität verbundene Missionsakademie, wurde Hamburg zu einem Ort, von dem immer wieder wichtige missionstheologische und ökumenische Impulse ausgegangen sind. Diese Tradition wurde inzwischen verstärkt durch die Gründung des Instituts für die Theologie der Friedenskirchen, mit dessen Leiter, Dr. Fernando Enns, mich ebenfalls eine langjährige ökumenische Freundschaft verbindet. Daher freue ich mich, dass mich die Ehrendoktorwürde nun in besonderer Weise mit dieser Hamburger Tradition verbindet.

Das Thema für diese kurze Dankesrede geht auf Anregungen aus dem Umfeld des Fachbereichs zurück. Die Frage, welchen Beitrag die ökumenische Bewegung zum Umbruch 1989 geleistet hat, ist in den letzten Jahren Gegenstand vielfältiger und zum Teil kontroverser Diskussionen gewesen. In diesem Rahmen muss ich mich auf wenige Beobachtungen beschränken. Auf die Auseinandersetzung mit den zahlreichen, inzwischen vorliegenden Studien und Veröffentlichungen werde ich verzichten.

### I.

Im deutschen öffentlichen Sprachgebrauch hat sich für die Ereignisse am Ende des Jahres 1989 das Stichwort der „Wende“ eingebürgert. M. W. stammt diese Bezeichnung vom letzten Generalsekretär der SED, Egon Krenz, und sie ist geeignet,

<sup>1</sup> Vortrag in Hamburg am 18. Januar 2010 aus Anlass der Verleihung der Ehrenpromotion.

den wahren Charakter der „friedlichen Revolution“, jedenfalls in der ehemaligen DDR, zu neutralisieren. Vergewärtigt man sich die radikalen Veränderungen, die von den Ereignissen in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 1989 und im weiteren Verlauf der Jahre 1990/1 ausgegangen sind, dann ist es angemessener, von „Umbruch“ statt von „Wende“ zu sprechen. Die Gedenkveranstaltungen aus Anlass des 20. Jahrestages des Mauerfalls am 9. November 1989 haben unseren Blick vor allem auf die Ereignisse in Deutschland gelenkt. Aber der Fall der Berliner Mauer ist mittlerweile weit über Deutschland hinaus zum Symbol für den historisch einzigartigen Prozess geworden, in dessen Verlauf nicht nur die Blockkonfrontation des Kalten Krieges und damit auch die Spaltung Europas und Deutschlands an ihr Ende kam, sondern sich das sowjetische Imperium auflöste mit Folgen für weit entfernte Weltregionen.

Der Umbruch kam unerwartet, auch für die meisten unmittelbar Betroffenen, und er vollzog sich weitgehend ohne gewaltsame Konflikte. Im Rückblick werden freilich die Vorzeichen der kommenden Veränderungen deutlicher erkennbar. Schon seit Mitte der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts war eine lange Phase der Entspannung an die Stelle des „Kalten Krieges“ im eigentlichen Sinn getreten. Sie fand ihren Ausdruck in einer Vielzahl von Verträgen zur Rüstungskontrolle, in der Ostpolitik der Bundesregierung seit 1969 mit den Verträgen von Moskau, Warschau und über den Status von Berlin, sowie schließlich in den Verhandlungen über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die in der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 ihren Niederschlag fanden. Mit dem russischen Einfall in Afghanistan 1979, dem gleichzeitigen NATO-Doppelbeschluss sowie der Wahl von Ronald Reagan begann eine kurze Phase erneuter Spannungen und Konfrontationen, die freilich in Mitteleuropa zugleich durch die Initiativen von oppositionellen Gruppierungen wie Solidarnosc und Charta 77 geprägt war. Die Wahl von Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPDSU 1985 und seine Politik von „Perestroika“ und „Glasnost“ setzten eine neue Dynamik in Gang, die mit dem Vertrag über Mittelstreckenraketen 1987 den traditionellen Ost-West-Konflikt qualitativ veränderte. Die Helsinki-Folgekonferenzen von Madrid (1983–1985) und Wien (1987–1989) präzisierten den Rahmen für umfassende Zusammenarbeit in Europa, ein Prozess, der auch durch die brutale Niederschlagung der Demokratiebewegung in China nicht aufgehalten werden konnte. Die Auflösung der Macht der kommunistischen Regierungen begann in Ungarn schon 1988 und setzte sich in Polen mit dem Runden Tisch und der ersten freien Parlamentswahl im April 1989 fort. Der Satz von Gorbatschow bei den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR am 4. Oktober 1989: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ bringt die realistische Einschätzung zum Ausdruck, dass die Dynamik der Veränderung nicht aufzuhalten war. Er hatte gehofft, sie mit seiner Vision vom „gemeinsamen Haus Europa“ steuern zu können und musste schließlich zusehen, wie seine eigene Machtbasis sich auflöste.

Was im Rückblick als ein zwar sehr komplexer, aber folgerichtiger Prozess erscheint, als Sieg der Freiheit über die Unterdrückung, war freilich für die Beteiligten und Betroffenen alles andere als eindeutig. Das „neue Denken“, das sich in den zehn Grundprinzipien der Helsinki-Schlussakte und in dem von der Palme-Kommission 1982 vorgestellten Konzept der „gemeinsamen Sicherheit“ bereits andeutete, blieb, ebenso wie die Ausrichtung der neuen Ostpolitik der Bundesregierung auf

den „Wandel durch Annäherung“, gefangen in der Vorstellung von zwei, einander gegenüberstehenden Machtblöcken. Die Gefahr eines Rückfalls in die ideologische und militärische Konfrontation blieb immer präsent und die Bewahrung des Friedens in Europa und darüber hinaus erschien als oberste Aufgabe verantwortlicher Politik. Die inneren Widersprüche und Zerfallserscheinungen des kommunistischen Systems blieben lange verdeckt und die Vorstellung, dass dieses hochgerüstete und mit einem die ganze Gesellschaft erfassenden Sicherheitsapparat ausgestattete System sich weitgehend kampfflos auflösen könnte, erschien als völlig illusorisch. Auch für die Dissidenten und die oppositionellen Gruppierungen in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und der DDR ging es zunächst und vorrangig um die innere Transformation ihrer Gesellschaften, d.h. um die Verwirklichung der Menschenrechte und die Durchsetzung von demokratischer Partizipation. Sie wollten der „Entspannung von oben“ die „Entspannung von unten“ entgegensetzen. Aber auch sie waren nicht wirklich darauf vorbereitet, dass ihr mutiger und gewaltfreier Einsatz schließlich das ganze System zum Einsturz bringen würde.

## II.

Die Frage, welchen Beitrag die ökumenische Bewegung zu diesem Umbruch geleistet hat, erfordert einige Vorklärungen. Die ökumenische Bewegung, wie sie sich im 20. Jahrhundert, und vor allem in den letzten 60 Jahren herausgebildet hat, ist eine höchst komplexe Erscheinung, in der unterschiedliche Ziele, Arbeitsmethoden und Akteure oder Trägerstrukturen zusammenwirken. Im ÖRK laufen alle diese Fäden zusammen; er hat zwar die Aufgabe, „auf den Zusammenhalt der einen ökumenischen Bewegung in ihren vielfältigen Ausdrucksformen hinarbeiten“, aber seine Möglichkeiten einer kohärenten Steuerung sind sehr begrenzt, nicht zuletzt angesichts der eigenständigen Rolle der römisch-katholischen Kirche.

Um dem Beitrag der ökumenischen Bewegung zu den Prozessen auf die Spur zu kommen, die schließlich zum Umbruch 1989 führten, muss daher zwischen verschiedenen Ebenen und Ansätzen unterschieden werden. Was sie alle miteinander verband war die Überzeugung, dass Christinnen und Christen in ihren Gemeinden und Kirchen in einer Gemeinschaft des Glaubens, des Zeugnisses und der Solidarität verbunden sind, die über die konfessionellen, politischen und ideologischen Grenzziehungen hinausreicht. Wegen des beständigen Versuchs eines Brückenbaus über den „Eisernen Vorhang“ hinweg, stand die ökumenische Bewegung in der Zeit des Kalten Krieges bei den Vorkämpfern ideologischer Abgrenzung auf beiden Seiten im Verdacht, sie ließe sich für politische Zwecke missbrauchen. Die immer neue Bemühung, eine eigenständige Orientierung für christliches Zeugnis in Distanz zu beiden Systemen durchzuhalten, war auch in den Kirchen und ökumenischen Einrichtungen umstritten und blieb ambivalent. Die gemeinsame Aufgabe der Kirchen in der ökumenischen Bewegung, ihrem unverwechselbaren, im Evangelium begründeten Auftrag treu zu bleiben, sah sich angesichts der politischen Gegebenheiten im Osten wie im Westen immer neu mit der Herausforderung konfrontiert, jeweils konkret zu unterscheiden zwischen „prinzipieller Antistellung und unkritischem Sich-vereinnahmen-lassen“ (H. Falcke).

Die ökumenische Bewegung war im Osten und im Westen Europas unterschiedlich verwurzelt. Ihre Träger und Akteure im Westen hatten im Prinzip die Freiheit, sich an der öffentlichen Auseinandersetzung zu beteiligen und ihr eigenständiges Zeugnis einzubringen. Sie waren anerkannte Partner in einer demokratischen Kultur, die auch die Prozesse der kirchlichen und ökumenischen Meinungsbildung prägte. Die Pflege ökumenischer Gemeinschaft und die Bewährung ökumenischer Solidarität mit den Partnern jenseits des „Eisernen Vorhangs“ blieb jedoch meist eine Sache engagierter Einzelner oder von spezialisierten Gruppen und Einrichtungen. Diese freilich gab es in allen Ländern Westeuropas und darüber hinaus. In Mittel- und Osteuropa blieb die ökumenische Bewegung oft beschränkt auf die Ebene der kirchlichen Leitungsorgane und ihrer Vertreter und berührte kaum das Leben der Gemeinden. Sie unterlag, wie das Leben der Kirchen insgesamt, weitgehender staatlicher Kontrolle und sah sich mit Versuchen konfrontiert, die ökumenischen Beziehungen im Inneren wie nach außen für politische Ziele einzusetzen. Die in den späten 70er und den 80er Jahren sich bildenden Gruppierungen, die sich unter Berufung auf die Helsinki-Schlussakte für eine „Entspannung von unten“ einsetzten und an denen auch viele engagierte Christinnen und Christen beteiligt waren, blieben für die offizielle ökumenische Bewegung eher Außen-seiter. Die Kirchen und die ökumenische Bewegung in der DDR bildeten eine Ausnahme, auf die ich noch zurückkommen werde.

Das Interesse hinter der Frage nach dem Beitrag der ökumenischen Bewegung zum Umbruch 1989 richtet sich natürlich vor allem auf die großen, in ganz Europa operierenden ökumenischen Organisationen, d. h. den Ökumenischen Rat der Kirchen, die Konferenz Europäischer Kirchen und den Lutherischen Weltbund. Als Zusammenschlüsse von Kirchen boten sie in einer Zeit der politischen Abgrenzung und Konfrontation Raum für die Begegnung und Beratung zwischen Christinnen und Christen aus Ost und West mit einem offiziellen kirchlichen Mandat. Sie waren zugleich Anwälte und Vermittler praktischer Solidarität zwischen den Kirchen. Ihr Beitrag zu den Prozessen, die den Umbruch vorbereiteten, war – vor allem auf Grund des eingeschränkten Bewegungsraums ihrer östlichen Mitgliedskirchen – begrenzt und eher indirekt, wie ich gleich an einigen Beispielen zeigen möchte. Aber es wäre unangemessen, den Blick nur auf die großen ökumenischen Organisationen zu richten. Eine gewisse, wenn auch kontroverse Rolle spielte – vor allem in den ersten 10 Jahren nach der Gründung 1958 – die Christliche Friedenskonferenz unter ihrem Präsidenten Josef Hromádka in Prag. Sie hatte ein breites Netz von Mitgliedern und Partnern im Westen unter denen, die sich für Gerechtigkeit und Frieden engagierten. Dazu gehörte u. a. auch die Gruppierung „Christians Associated for Relations with Eastern Europe“ in den USA. Den direktesten Beitrag haben wahrscheinlich, vor allem in den 80er Jahren, die vom Interkirchlichen Friedensrat in den Niederlanden und vom Britischen Kirchenrat aufgebauten Partnerschaftsbeziehungen zu Gemeinden und auch zu den sich bildenden kritischen Gruppen in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und der DDR geleistet.

### III.

Ich will diese bisher sehr allgemeinen Beobachtungen nun an einigen Beispielen verdeutlichen.

1. Im Rückblick ist erkennbar, dass die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und die Schlussakte von Helsinki (1975), zusammen mit den Folgekonferenzen in Madrid und Wien eine ganz entscheidende Vorbereitung für den Umbruch darstellen. Die Anregung zu diesem Prozess war von der Sowjetunion ausgegangen und von der Konferenz Europäischer Kirchen früh aufgegriffen worden. Auch der ÖRK hatte den Plan begrüßt, während die meisten der Mitgliedskirchen beider Organisationen in Westeuropa lange misstrauisch und skeptisch blieben. Die Beratung über eine Stellungnahme zum Helsinki-Abkommen führte bei der Vollversammlung des ÖRK in Nairobi (1975) zu einer engagierten und kontroversen Diskussion, besonders im Blick auf die Frage der Religionsfreiheit vor allem in der UdSSR. Hier bewährte sich das Forum des ÖRK als ein Raum, in dem konstruktive Bearbeitung von Konflikten und wechselseitiges Lernen möglich sind. Eine Folge dieser Beratung war der vor allem von der KEK koordinierte und begleitete Studien- und Konsultationsprozess zu Menschenrechtsfragen zwischen den Kirchen in den Signatarstaaten des Helsinki-Abkommens. Dieser Prozess hat eine Sensibilisierung für die zentrale Bedeutung der Menschenrechte gefördert und stellt einen, wenigstens indirekten Beitrag zum Umbruch dar.
2. Die Vollversammlung des ÖRK in Nairobi gab auch den entscheidenden Anstoß für die nachfolgenden ökumenischen Initiativen in der Friedensfrage, die angesichts des atomaren Rüstungswettlaufes in Ost und West ihr besonderes Profil und ihre Dringlichkeit bekamen. Eine von den Delegierten aus den Niederlanden angeregte Erklärung der Vollversammlung zur Weltrüstungssituation endete mit einem Appell an die Kirchen, in dem es hieß, dass die Kirchen ihre Bereitschaft betonen sollten, „ohne den Schutz von Waffen zu leben“ und der ÖRK aufgefordert wurde, ein intensives Programm zu Abrüstung und gegen Militarismus zu organisieren. Eine Folge dieser Empfehlung war die öffentliche Anhörung zu Atomwaffen und Abrüstung in Amsterdam 1981. Eine zentrale Aussage des Hearings wurde von der nachfolgenden Vollversammlung in Vancouver (1983) in ihrer Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit bestätigend aufgenommen. Dort heißt es: „Wir glauben, dass für die Kirchen die Zeit gekommen ist, klar und eindeutig zu erklären, dass sowohl die Herstellung und Stationierung, als auch der Einsatz von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellen und dass ein solches Vorgehen aus ethischer und theologischer Sicht verurteilt werden muss.“ Und die Vollversammlung fügte die Überzeugung hinzu, „Christen sollten Zeugnis dafür ablegen, dass sie es ablehnen, sich an einem Konflikt zu beteiligen, bei dem Massenvernichtungswaffen oder andere Waffen, die wahllos alles zerstören, eingesetzt werden“. In Verbindung mit dem Impuls der Palmkommission (1982), die das Konzept der „gemeinsamen Sicherheit“ vor-

stellte, und der von der Vollversammlung geforderten grundsätzlichen Verwerfung der Doktrin nuklearer Abschreckung wurden diese ökumenischen Erklärungen zum Kristallisationspunkt für eine ökumenische Friedensbewegung in Ost und West, die zu den Wegbereitern des Umbruchs gehört.

3. Der wohl folgenreichste ökumenische Beitrag zum Umbruch 1989 war die Entscheidung der Vollversammlung des ÖRK in Vancouver (1983), die Mitgliedskirchen aufzurufen und einzubinden „in einen konziliaren Prozess gegenseitiger Verpflichtung (Bund) für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der ganzen Schöpfung“. Dieser Beschluss ging zurück auf einen Antrag der Delegierten aus der DDR, der sich ausdrücklich auf die zuvor erwähnten Erklärungen zu Frieden und Abrüstung berief und schloss mit der Aufforderung: „Um der Erfüllung all dieser Aufgaben näher zu kommen, sollte geprüft werden, ob die Zeit reif ist für ein allgemeines christliches Friedenskonzil, wie es Dietrich Bonhoeffer angesichts des drohenden 2. Weltkrieges vor 50 Jahren für geboten hielt.“ Der konziliare Prozess wurde vor allem für Christinnen und Christen in den Kirchen in beiden Teilen Deutschlands zu einem Symbol des ökumenischen Aufbruchs über die Grenzen hinweg. Die von der KEK und dem Rat der Europäischen Katholischen Bischofskonferenzen getragene Europäische Ökumenische Versammlung in Basel im Mai 1989 nahm den Impuls unter dem Thema „Frieden in Gerechtigkeit für die ganze Schöpfung“ auf. Ihr Abschlussdokument ist ein Manifest des Willens zur Umkehr und der Entschlossenheit, die Teilung Europas zu überwinden. Zum ersten Mal konnten auch Vertreter oppositioneller Gruppen, vor allem aus Polen, an einer solchen Begegnung teilnehmen.
4. Aber auch nach dieser inspirierenden Versammlung blieb bei vielen die Sorge groß, dass der beginnende dramatische Wandel in Mitteleuropa umschlagen könnte in eine Katastrophe (wie in China im Juni 1989), jedenfalls größer, als die Hoffnung auf grundlegende Veränderungen und die Bereitschaft, die Prozesse aktiv zu unterstützen. Das zeigte sich bei der Sitzung des Zentralausschusses des ÖRK im Juli 1989 in Moskau. Hier kam es zu einer erregten Debatte darüber, wie der ÖRK auf die massiven Menschenrechtsverletzungen in Rumänien im Rahmen eines Dorfumsiedlungsprogramms reagieren sollte. Der Generalsekretär hatte dem Zentralausschuss einen eher zurückhaltenden Bericht über die Situation vorgelegt, in dem die Probleme ohne ausdrückliche Kritik der rumänischen Regierung erwähnt wurden und der ÖRK seine Verbundenheit mit den Kirchen in Rumänien bekräftigte. Die rumänischen Vertreter im Zentralausschuss erklärten, dass es keine Einschränkungen für die Kirchen gebe und daher auch keinen Grund für den ÖRK zu reagieren. Delegierte aus den westlichen Kirchen verlangten eine öffentliche Stellungnahme des Rates. Schließlich wurde der Bericht des Generalsekretärs entgegengenommen, aber es blieb das Gefühl, der Herausforderung nicht wirklich gerecht geworden zu sein – was die bald danach folgenden dramatischen Umwälzungen in Rumänien bestätigten. Im Jahr darauf wurde die selbstkritische Debatte neu eröffnet und der Zentralausschuss nahm schließlich

eine Erklärung an, in der es heißt: Der Zentralausschuss „bedauert seine irrtümliche Urteilsbildung, derzufolge er es unterlassen hat, auf seiner Sitzung in Moskau im Juli 1989 angemessen zu der Situation (in Rumänien) zu sprechen“. So bleibt der ökumenische Beitrag zum Umbruch 1989 auch an dieser kritisch-exponierten Stelle allenfalls indirekt.

Alle vier Beispiele freilich zeigen, dass die ökumenischen Organisationen den Raum boten für eine konstruktive Bearbeitung der Konflikte, die den sich abzeichnenden Umbruch begleiteten, und so den Rückfall in die Konfrontation zu verhindern vermochten.

#### IV.

Am deutlichsten lässt sich der Beitrag der ökumenischen Bewegung zum Umbruch 1989 im Blick auf die Entwicklungen in der DDR nachzeichnen. Ich habe diese Beobachtungen an den Schluss gestellt, da die DDR unter den Mittel- und Osteuropäischen Ländern in vieler Hinsicht ein Sonderfall war. Vor allem nach der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1969 haben sich die Kirchen zunehmend als ein staatsfreier Raum behaupten können. Die ökumenischen Beziehungen, nicht nur zu den ökumenischen Organisationen, sondern vor allem auch zu den Kirchen in den Niederlanden, in England, in den skandinavischen Ländern, aber auch zu den Nachbarn in Polen, der CSSR und Ungarn waren von zentraler Bedeutung für die Arbeit des Bundes, dessen Sekretariat ähnlich wie das des ÖRK in Genf strukturiert war.

Durch Gemeindegemeinschaften zu den Impulsen der Weltmissionskonferenz in Bangkok 1971 begann ein Prozess der ökumenischen Bewusstseinsbildung und des ökumenischen Lernens, der durch einen ökumenischen Teambesuch in der DDR 1976 und Begegnungen im Rahmen des Sitzungs des Zentralausschusses des ÖRK in Dresden (1981) verstärkt wurde. In den 70er Jahren bildete sich ein wachsendes Netz von Gemeindeparterschaften zwischen der DDR und den Niederlanden heraus. Aus den Niederlanden kam die Idee der Friedensdekade, die seit 1981 jährlich begangen wurde (auch zusammen mit den Partnern in der Bundesrepublik) und zum Anstoß für die später so wichtigen Friedensgebete, z. B. in Leipzig, wurde. Von den niederländischen Kirchen war auch die Initiative zur Profilierung des ökumenischen Friedenszeugnisses bei der ÖRK-Vollversammlung in Nairobi ausgegangen. In der ökumenischen Zusammenarbeit im „Programm für Abrüstung und gegen Militarismus und Wettrüsten“ des ÖRK gewann die Friedensarbeit des Bundes ihr klares Profil, das sich 1982 in der von der Bundessynode formulierten „Absage an Geist und Logik der Abschreckung“ niederschlug und in den Folgejahren weiterentwickelt wurde bis hin zu dem Synodenbeschluss „Bekennen in der Friedensfrage“ von 1987.

Auch die Menschenrechtsdebatte im ÖRK vor und nach der Vollversammlung in Nairobi und die Diskussion über das Antirassismusprogramm des ÖRK wurden im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR intensiv begleitet. So gelang es, einen begrenzten öffentlichen Raum für das Nachdenken über die Menschenrechte zu eröffnen, der von den sich bildenden gesellschaftskritischen Gruppen und Initia-

tiven genutzt werden konnte. Auch die nach der Vollversammlung in Nairobi beginnende ökumenische Diskussion über nachhaltigen Umgang mit der natürlichen Mitwelt und die Rolle von Technik und Wissenschaft fiel in den Kirchen der DDR auf fruchtbaren Boden und regte neben Studien kirchlicher Kommissionen besondere Initiativen wie die Umweltbibliothek an der Berliner Zionskirche an.

Dieser sehr knappe Überblick zeigt, dass die zuvor in Erinnerung gerufenen ökumenischen Diskussionen, Stellungnahmen und Arbeitsprozesse in der DDR nicht nur aufgenommen, sondern eigenständig weitergeführt wurden und zu einer ökumenischen Bewusstseinsbildung bis in die Gemeinden und kirchennahen kritischen Gruppen hinein führten. Der bereits erwähnte Antrag der DDR-Delegierten an die Vollversammlung in Vancouver (1983), der den Anstoß gab für den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, bringt dies deutlich zum Ausdruck. So war es auch nicht verwunderlich, dass der Aufruf zur Vorbereitung einer Ökumenischen Versammlung in der DDR, der 1987 unter dem Titel „Eine Hoffnung lernt gehen – Gerechtigkeit den Menschen, Friede den Völkern, Befreiung der Schöpfung“ verbreitet wurde, mehr als 10.000 Rückmeldungen aus Gemeinden, Hauskreisen, Gruppen und von Einzelpersonen auslöste, die zur Grundlage für die Erarbeitung der Texte der drei ökumenischen Versammlungen in Magdeburg und Dresden 1988/89 wurden. Eine Vorstellung der Ergebnistexte ist an dieser Stelle weder möglich noch nötig. Im Rückblick ist deutlich, dass die Diskussionen im Umfeld der Ökumenischen Versammlung, besonders zum Thema „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“ (in den Worten von Heino Falcke), dazu beitrugen, das „kritische politische Bewusstsein – nicht nur in den Gemeinden – [zu wecken]. So gehörte die Ökumenische Versammlung zu den wichtigsten vorbereitenden Faktoren der Herbstrevolution“.

Die hier zusammengetragenen Beobachtungen zu dem mir gestellten Thema haben eine eher nüchterne Bestandsaufnahme erbracht. Die ökumenische Bewegung und ihre Trägerorganisationen wurden durch den Umbruch ebenso überrascht, wie die meisten der Betroffenen auch unter den politisch Verantwortlichen. Dennoch kann man im Rückblick sagen, dass die ökumenische Bewegung dazu beigetragen hat, unter Christinnen und Christen kritische Einsicht und eine konkrete Hoffnung auf Veränderung zu befördern, die sie zu aktiven Mitgestaltern des Umbruchs machte.

Konrad Raiser

*(Prof. Dr. Konrad Raiser war von 1993 bis 2003  
Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen.)*